

DIE BESETZUNG DES HAMELNER MÜNSTERS

13./14. NOVEMBER 1981



und anderswo

Gewaltfreie Aktion Umweltschutz Grohnde

Nach 30 Stunden ging am Samstag die Besetzung der evangelischen Münsterkirche in Hameln zu Ende. Rund 50 Atomkraftgegner, die zum Teil im größten Gotteshaus der Rattenfängerstadt übernachtet hatten, zogen ab, nachdem der Kirchenvorstand versprochen hatte, sich für ihre Forderungen einzusetzen.

Die jungen Leute hatten am Freitagmittag die Kirche besetzt, um eine Aufhebung des Haftbefehls gegen den 31-jährigen Hans-Jürgen Bock zu erreichen. Bock hatte sich geweigert, die von der Bezirksregierung in Hannover verlangten 1117,66 Mark für die Räumung des Grohnder Anti-Atom-Dorfes im August 1977 zu bezahlen und war deshalb seit Freitag von Inhaftierung bedroht.

Auf Transparenten, die die Atomkraftgegner im Innenraum der Kirche anbrachten, hieß es: „Wenn wir euch sagen, was wir denken, dann müsst ihr gleich die Knüppel schwenken“.

Der Kirchenvorstand verzichtete darauf, die Polizei zu holen und erklärte seine Bereitschaft, sich an die Bezirksregierung mit der Bitte um Überprüfung zu wenden, ob die Vollstreckung der Leistungsbescheide gegen Bock und andere ausgesetzt werden könne, bis über die dagegen eingeleiteten Klagen entschieden worden sei. Der Superintendent des Kirchenkreises Hameln-Pyrmont, Hans-Egbert Lange, verurteilte die Besetzung, erklärte jedoch zugleich, so sehr es Aufgabe der Kirche sei, Unrecht beim Namen zu nennen, so sehr wolle sie auch „zum Verstehen des anderen“ beitragen und sich bemühen, „Brückenbauer zu sein, ohne daß wir uns vereinnahmen lassen“.

Der Kirchenvorstand bescheinigte den Besetzern diszipliniertes Verhalten während der Besetzung, die man aber als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ablehne. Man habe jedoch von Seiten der Kirche versucht, den deutlich gewordenen Zwiespalt dieser Jugendlichen gegenüber dem Staat nicht noch zu vertiefen, sondern durch das Gespräch Vertrauen zu schaffen.

Kurze Zeit später setzte die Bezirksregierung Hannover die Leistungsbescheide so lange aus, bis über die noch laufenden Klagen über die Rechtmäßigkeit der Räumung und der Leistungsbescheide in letzter Instanz entschieden worden sei.

Die Fotos auf dieser Tafel stammen von Rainer Sagawe, Hameln.

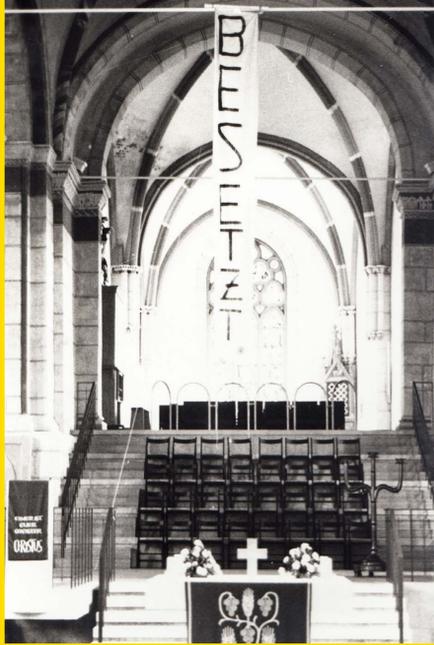
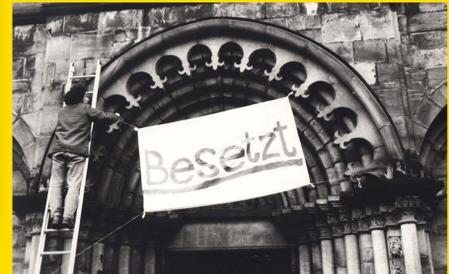
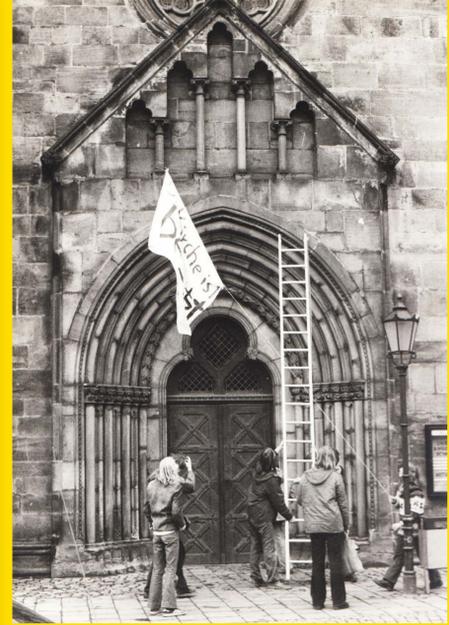


99 AUS DEM HAMELNER MARKT VOM 18. NOVEMBER 1981:

Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Hamelner Rat, Werner Bruns:
Für mich ist das in erster Linie eine Pietätsfrage, wenn man ein Gotteshaus besetzt, um erpresserisch irgendetwas zu erreichen. Das ist für mich eine nicht zu überbietende Entgleisung. So etwas könnte ich nur gutheißen, wenn die Demokratie abgeschafft werden soll.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Hamelner Rat, Heidrun Winkler:
Angesichts der 65 Einwanderer, die von vornherein recht bekamen und nicht zahlen mussten, scheint es uns absurd, daß H.-J. Bock nicht nur 1000 Mark zahlen soll, sondern als Gesamtschuldner für die gesamten 200.000 Mark haftbar gemacht wird. Seine persönliche Situation war einfach verzweifelt. Ich bin sehr froh, daß die Pastoren und der Kirchenvorstand die Gespräche so verständnisvoll geführt und wirkungsvolle Hilfe zugesagt haben.

Einer der Besetzer:
Ich bin überrascht, daß unsere Aktion tatsächlich zum vollen Erfolg geführt hat. Unsere Ziele waren Herstellung von Öffentlichkeit über das Druckmittel der Leistungsbescheide, ins Gespräch mit der Kirche zu kommen, um sie zu veranlassen, auf unsere Anliegen einzugehen und die Bezirksregierung zur Stellungnahme zu den Leistungsbescheiden zu bewegen. Insofern sind meine Erwartungen übertroffen worden, da die Vollstreckung der Leistungsbescheide durch das Innenministerium ausgesetzt wurde. Abschließend freue ich mich, daß die Kirche darauf verzichtet hat, uns polizeilich räumen zu lassen und daß wir dadurch unsere Zusage an den Kirchenvorstand gehalten haben, das Münster genauso zu verlassen, wie wir es vorgefunden hatten.



AUS DER DEWEZET

vom 14. November 1981 schrieb Chefredakteur Heinzfriedrich Müller:

99 Kirche als Taustpfand?
Um das Rechtsbewußtsein und Demokratieverständnis in unserem Lande darf man besorgt sein, wenn Protestbesetzungen fremden Eigentums, sogar nun von Gotteshäusern, zur Regel und mit Verständnis aufgenommen werden. Ob nun in Frankfurt oder in Hameln - Protest ist berechtigt; aber das rücksichtslose Vertreten von Minderheits-Ansichten gegen Beschlüsse von Gremien, die demokratisch von der großen Mehrheit der Bevölkerung gewählt wurden, muß ebenso besorgt machen um das Weiterbestehen der Demokratie in unserem Lande, wie der Versuch, rechtskräftige Urteile durch Pressionen zu ändern, eine unabhängige Rechtsprechung in Frage stellen würde.

